

Bezugspreis: Vierteljahr 105 - M. monatlich 35 - M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 29. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ungarische Wahlmache.

Ungarische Wahlen.

Budapest, 29. Mai. (Mag. Tel.-Corr.-Bur.) Bei den gestrigen Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung ...

Am gestrigen Sonntag wählten die 141 ländlichen Bezirke mit öffentlicher Stimmenabgabe. Das Wahlrecht ist nicht allgemein, sondern durch allseits Bedingungen ...

Wie gearbeitet wird, zeigt auch folgendes kleine Beispiel: Der Minister des Innern, Klebelsberg, hat seinen sozialdemokratischen Gegenkandidaten im Wahlkreis Dedenburg ...

Nur eine kleine Opposition, darunter auch einige Sozialdemokraten, wird ins Parlament zugelassen, damit man sich im Ausland als Kulturstaat ausgeben kann. Heute und übermorgen wählen die Städte, auf die das Landergebnis noch Eindruck machen soll, als ob das noch nötig wäre.

Englische Arbeiterpartei für Neuwahlen.

London, 29. Mai. (E.C.) Der Arbeitersführer Frank Hodges sagte in einer Rede, es sei höchste Zeit, daß das englische Volk seine

Die heutige Reichstagsitzung.

Der Reichstag tritt heute um 2 Uhr nachmittag zusammen, um eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Diese Erklärung wird sich auf die Konferenz von Genua und die Pariser Verhandlungen beziehen und vom Reichskanzler Dr. Wirth abgegeben werden.

Schon diese Dispositionen zeigen, daß die Einigung in der Reichsregierung wieder hergestellt ist. Der Reichskanzler wird die Politik des Gesamtkabinetts vor dem Reichstag und der ganzen Öffentlichkeit verantwortlich vertreten. Eine parlamentarische Krise, die von manchen Blättern in Aussicht gestellt wird, ist höchst unwahrscheinlich.

Die „großen Tage“ der Debatte über Genua und Paris — der Montag und der Dienstag sind für sie in Aussicht genommen — werden also schwerlich große Ereignisse bringen. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht Genosse Hermann Müller.

Morgen vormittag 11 Uhr beginnt die Debatte über Obereschleien und um 2 Uhr wird die Beratung der Re-

meinung durch Neuwahlen kundgeben. Diese sollten nicht mehr verzögert werden; denn nur durch sie könne man genau erfahren, ob England mit Frankreich brechen und in Beziehungen zu Rußland und Deutschland treten solle, oder ob man letztgenannte beide Länder verlassen und gleichzeitig mit Frankreich zugrunde gehen wolle.

Nach englischen Meldungen soll die französische Regierung versichert haben, das Ruhrgebiet am 31. Mai nicht besetzen zu wollen, was ja um so glaubhafter ist, als die Reparationskommission Deutschland eine Fristverlängerung von einigen Wochen zur Erstattung seiner Vorschläge gewährt. Der nordamerikanische General Harbord hat in Paris geäußert, er glaube nicht, daß über den 1. Juli hinaus U.S.-Truppen in Rheinland bleiben würden. Die Anleiheverhandlungen in Paris werden nach amerikanischer Äußerung längere Zeit beanspruchen; bei diesen Verhandlungen sollen laut Pariser „New York Herald“ die amerikanischen und neutralen Bankiers das Verlangen der Reparationskommission nach einer Kontrolle der deutschen Finanzgebarung mißbilligt und gefordert haben, daß der Schlußbericht des Anleiheauschusses den Gesamtbetrag der deutschen Reparations-schuld bestimmen müsse. Was die Höhe der Anleihe betrifft, so wird sie, nach der Pariser „Chicago Tribune“, 100 Millionen Golddollar umfassen. Weitere Anleihen sollen folgen, und alle diese Anleihen seien als Konversionen der deutschen Kriegsschuld in Handelsanleihen gedacht. Die erste Anleihe sei bestimmt, das Kapital der Reparations-schuld teilweise zurückzukaufen. Da aber Frankreich, Belgien und Italien dringend Reparationsgelder nötig haben und erwarten, daß alles Geld zu dieser Anleihe praktisch für Reparationen verwendet wird, so kommt die Anleihe indirekt diesen Ländern zugute. Mit der ersten Reparationsanleihe wäre Deutschland imstande, die Reparationszahlungen für 1922 und vielleicht auch für 1923 zu zahlen und den schweren Druck auf den Reichshaushalt, d. h. also auf den deutschen Steuerzahler, zu erleichtern. Staatssekretär Bergmann soll verlangt haben, daß man Deutschland gestatte, die Hälfte der Anleihe zur Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches zu verwenden. Deutschland brauche namentlich Geld, um Weizen, Baumwolle und Rohstoffe aus Amerika und andere Produkte aus dem englischen Reich zu kaufen.

„Times“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß der Völkerbund bei seiner Tagung im September aufgefordert werde, die Aufnahme Deutschlands zu erwägen. Der Völkerbundrat habe Anfang Mai diese Frage untersucht; er sei für die Aufnahme Deutschlands, vorausgesetzt, daß es in der Frage der Reparationen am 31. Mai Aufrichtigkeit und guten Willen zeige.

gierungserklärung fortsetzt. Am Mittwoch werden einige Gesetze verabschiedet. Man hofft, dann in die Pfingstferien gehen zu können.

Gegen die rheinische Losreißung.

Der „Sozialdem. Parlamentarierdienst“ veröffentlicht eine Erklärung der politischen Parteien des besetzten Gebiets im Freistaat Hessen, die besagt, daß man jeden Versuch der Errichtung einer rheinischen Republik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen werde.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei gab dazu eine Erklärung, in der sie ihre Unterschrift gemeinsam mit den beiden Rechtsparteien zwar ablehnt, aber sich sachlich ebenfalls auf das schärfste gegen die Bestrebungen der Sonderländer ausspricht, da eine weitere Zerstückung des deutschen Wirtschaftsgebietes geeignet sei, die Verelendung des deutschen Proletariats nur noch zu vergrößern.

Keine sozialdemokratische Beteiligung an den Saarwahlen.

Saarbrücken, 28. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Am Sonnabend beschloß die Funktionärerversammlung der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes mit der Frage der Beteiligung an den Wahlen zum Landesrat, die am 25. Juni stattfinden sollen. Nach reichlicher Ueberlegung aller für und gegen eine Beteiligung an der Wahl sprechenden Gründe blieb die Versammlung auf dem ursprünglich eingenommenen Standpunkte stehen, nämlich der Wahlenthaltung als schärfstem Protest gegen die Karikatur eines Parlamentarismus, mit dem die Regierungskommission beabsichtigt, ihrem volkstrenden autoritären Regiment einen parlamentarischen Mantel umzuhängen. Nach dem Umfall des Zentrums, der Deutsch-Demokraten und der Liberalen Volkspartei des Saargebietes, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ist der Ruf unserer Parteigenossen an der Saar um so beachtenswerter. Sie allein haben sich, bis zur Stunde, zur strikten Ablehnung bekannt.

Reichskommissar für das Remelgebiet. An Stelle des bisherigen Reichs- und Sozialkommissars für das Remelgebiet, Graf Lambdorff-Gumbinnen, ist der Regierungspräsident Dr. Rosenkrantz zum Reichs- und Staatskommissar für die Ueberleitung im Remelgebiet bestellt worden.

Scharfer Devisenrückgang, Dollar 277!

Eine Lektion.

Das Ergebnis der Elternbeiratswahlen.

Die gestrigen Elternbeiratswahlen in Berlin haben mit einem Sieg der christlich-unpolitischen Liste und mit einer schweren Niederlage der „Vereinigten Liste der SPD, USB und KPD.“ geendet. Es ist uns höchst schmerzlich, unsere Partei in eine solche Niederlage verwickelt zu sehen, müssen aber erklären, daß uns dieses Ergebnis in keiner Weise überrascht.

Auf politischem Gebiet hat unsere Partei soeben einen erfolgreichen Kampf gegen den Versuch der Kommunisten geführt, sich in eine sogenannte „proletarische Einheitsfront“ als heimtückische Perfidier einzuschleichen. In Verfolg dieser Politik beleuchtete der „Vorwärts“ den Schwindel der „parteilosen Arbeiterkomitees, durchkreuzte er die durchsichtige Absicht, die Zugkraft unserer Partei dem stedengebliebenen kommunistischen Karren dienstbar zu machen. Mitten in diesen notwendigen scharfen Kampf fiel die „gemeinsame Aktion der drei Arbeiterparteien“ für die Berliner Elternbeiratswahlen, und während wir das kommunistische Treiben auf das entschiedenste bekämpften, waren wir genötigt, die Aufrufe für eine „gemeinsame Liste der SPD, USB und KPD.“ abzudrucken.

Das Ergebnis ist so, wie vorauszusehen war. Nur der engere Kreis der disziplinierten Parteigenossen ist der Parole gefolgt, Werbekraft hat sie nach keiner Seite hin zu entfalten vermocht. Eltern, die eine Beeinflussung der Schule durch die Kommunisten nicht wollen, sind direkt ins Lager der Schulreaktion getrieben worden.

Dabei wurde freilich übersehen, daß es sich hier nicht um politische, sondern um pädagogische Fragen handelte. Der Kampf ging nicht um bürgerliche oder sozialistische Politik, sondern um konfessionelle oder weltliche Schule. Da das Interesse der Kommunisten an solchen Dingen, die in keiner Weise mit Krakeel verbunden sind, gering ist, hatten auch die Angehörigen der KPD., die sich an den Wahlen beteiligten, schwere Widerstände in ihrer eigenen Partei zu überwinden. So gering die Kraft dieser Partei an sich ist, so stand sie für diese Sache auch nicht einmal halb zur Verfügung. Die „Unterstützung“ von dieser Seite war also viel zu teuer gekauft.

Die Wahlen enthalten eine eindringliche Lehre. Gewiß ist es notwendig, daß die politische Arbeiterbewegung einheitliche Aktionskraft entwickelt; aber dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch eine äußere Gemeinschaft, der keine Ideen-gemeinschaft und kein Solidaritätsgefühl innewohnt. Eine solche Gemeinschaft ist nichts als ein Monstrum mit drei Köpfen, von dem ein jeder etwas anderes will. Es ist auch eine gefährliche Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn man die Vorstellung aufkommen läßt, „SPD., USB. und KPD.“ wären drei gleichberechtigte, gleichwertige und wohl auch gleich starke Faktoren der Arbeiterbewegung. Die „SPD.“, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ist eine gefestigte, sich weiter entwickelnde Macht; die beiden anderen Gruppen sind viel jünger, viel kleiner und untereinander wieder von verschiedenem Wert. Bei den Unabhängigen zeigt sich immerhin eine gewisse Reigung, aus den Tatsachen zu lernen und praktische Arbeiterpolitik zu treiben — eine Reigung, die bei der unsicheren programmatischen Grundlage der Partei zu ihrer Zerlegung führen muß — die kommunistische Partei ist ohne klare Ideen, ohne geistige Führung, directionslos, trafeffisch, nichts als ein Ausdruck der Unreife und Verwirrtheit, die leider in manchen Arbeiterkreisen noch zu finden ist. Solange sie bleibt, was sie heute noch ist — und kein Anzeichen spricht dafür, daß sie jemals etwas Besseres werden könnte — kann die Einheit der Arbeiterbewegung nur im schärfsten Kampf gegen sie wiederhergestellt und befestigt werden.

Auch die Unabhängigen können sich solcher Einsicht kaum noch verschließen. Es ist kennzeichnend, daß die „Freiheit“ unter der neuen radikalen Redaktion am Morgen des Wahltags gleichfalls genötigt war, in schärfster Weise gegen die kommunistische Stellung zu nehmen, indem sie folgendes schrieb:

Die russische Sowjetregierung braucht anscheinend wieder einmal Meldungen über irgendwelche „revolutionäre Aktionen“ in Westeuropa, um die leidenden Massen Rußlands über den kapitalistischen Regierungskurs der Bolschewiki hinwegzutäuschen. Anders läßt sich beim besten Willen das hysterische Gebaren der deutschen Kommunisten unter Rodels Leitung nicht erklären, das nunmehr geradezu gemeingefährlich für die ganze Arbeiterbewegung wird. Nachdem es den Kommunisten nicht gelungen war, während der Genua-Konferenz die westeuropäische Arbeiterschaft zur Unterstützung der russischen Sowjetdelegation zu gewinnen, hatten sie nach Genua, wo sie mit den kapitalistischen Regierungen einen Burgfrieden abgeschlossen haben, kein Interesse mehr an dem Weltarbeiterkongress, so daß sie ultimativ die Reunionskommission sprengten. Um aber den kommunistischen Arbeitern gegenüber den Schein einer Freundschaft mit der sogenannten Einheitsfront zu wahren, haben die kommunistischen Strategen die Parole „Einheitsfront von unten auf“ herausgegeben. Leider sind allem Anscheine nach auf diesen plumpen Dummenfang

den selbst die Kommunisten nicht ernst nehmen, auch einige SPD- und USPD-Arbeiter heringefallen.

Der Stellungnahme unserer Partei zu dieser neuen Wache der Kommunisten hat bereits Genosse Wittmann einer Delegation gegenüber Ausdruck gegeben in der Antwort, daß es sich hier um nichts weiter handle, als um einen kommunistischen Trick. Wo sollte übrigens der Zustand hinführen, wenn jeder auf eigene Kappe, den Parolen von Abenteurern folgend, „Einheitsfront“ machen wollte. — Wie nehmen an, daß unsere Parteianhänger auf den kommunistischen Anflug nicht hereinfallen und daß sie diesen gemeingefährlichen Teufelskreis die Spitze zu bieten wissen, um die gesamte Arbeiterkraft, die noch aus der Märzaktion gewarnt ist, vor eventuellen Schädigungen zu bewahren.

Hoffentlich wird es nicht noch einmal passieren, daß sich Anhänger unserer Partei sogar von der „Freiheit“ dafür rüffeln lassen müssen, daß sie auf den „kommunistischen Dummenfang“ hereinfallen. Hoffentlich werden sie aus den gestrigen Elternbeiratswahlen die Lehre ziehen, die sich auch aus allen anderen Erfahrungen unwiderstehlich aufdrängt:

Wenn man die sozialistische Arbeiterbewegung fördern will, dann darf man mit den Kommunisten keine „gemeinsamen Aktionen“ veranstalten, sondern man muß sie auf das entschiedenste bekämpfen.

Teilergebnisse der Wahl.

Tiergarten: Soz. 131, Christl. 266 Mandate; Prenzlauer Berg: Soz. 296, Chr. 325; Friedrichshain: Soz. 213, Christl. 314; Charlottenburg: Soz. 224, Christl. 231; Spandau: Soz. 47 einschl. 3 weltliche Schulen, Christl. 77; Wilmersdorf: Soz. 23, Christl. 47; Steglitz: Soz. 60, Christl. 156; Reuthen-Brig. Rudow: Soz. 156 einschl. der 6 weltlichen Schulen, Christl. 165; Köpenick: Soz. 46, Christl. 39; Hohenschönhausen: Soz. 6, Christl. 12; Johannisthal: Soz. 9, Christl. 6.

Die Wahlbeteiligung überstieg nur in wenigen Bezirken 50 Prozent. Während es den „Christlich-Unpolitischen“ gelang, ihre Wähler stark heranzuziehen, ließen die sozialistischen Wähler viele Rücken offen.

Der Angriff auf das preußische Kabinett.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Nach den überstandenen Meinungsverschiedenheiten im Reich hat man jetzt scheinbar in Ermangelung von Krisenluft „Gegenläufe im preußischen Kabinett“ entdeckt. Anlaß hierzu bot die volksparteiologische „Zeit“, die im Anschluß an eine Veröffentlichung aus Ostpreußen feststellt, daß der Erlaß gegen die Beteiligung der Behörden an sogenannten Hindenburgfeiern in Abwesenheit der beiden preußischen volksparteilichen Minister Dr. v. Richter und Dr. Boelck gefaßt wurde und diese nach dem Bekanntwerden des Erlasses sofort Einspruch dagegen erhoben haben.

Es trifft zu, daß diese beiden Minister nicht anwesend waren, doch befragt das keinesfalls, daß bei ihrer Anwesenheit der Beschluß nicht gefaßt worden wäre. Für die Krankheit des Herrn Boelck ist das Staatsministerium nicht verantwortlich und auch für die Abwesenheit des Dr. v. Richter, der während der betreffenden Kabinettsitzung sich zu einer Ausschußsitzung begab, kann das Staatsministerium nicht verantwortlich gemacht werden. Daß Dr. v. Boelck und Dr. v. Richter oder gar die Fraktion der Deutschen Volkspartei gegen den Erlaß Einspruch erhoben haben, ist frei zu unden. Der Ministerialerlaß besteht nach wie vor, wie sich überhaupt das Staatsministerium nach seiner Beschlussfassung nicht mehr mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Hieraus ergibt sich von selbst, daß die Mehrheit des Staatsministeriums, wie behauptet worden ist, nicht „umfiel“ und den ersten Beschluß nicht „zurückzog“.

Wenn Boelck überhaupt einen Erlaß herausgab, so entsprach das lediglich den alten Geschäftsgepflogenheiten der preußischen Regierung, nach denen der Kabinettsrat einen Beschluß faßt, den Reformministern aber die inhaltliche Weitergabe offizieller Beschlüsse obliegt.

Die Oper des Volkes.

Von Kurt Singer.

Die große Volksoper ist aus dem Stadium der theoretischen Wünsche in das Stadium der Praxis getreten. Am 1. September soll das erste Spieljahr der Oper beginnen, soll die Vorarbeit für das Volks-Schauspielhaus beendet sein, soll sich zeigen, was die Propaganda der Herren Pfeiffer, Rest, Lange zuwege gebracht hat. Was die Volksbühne für das gesprochene Drama und für das Konzert vorbildlich zustande brachte, soll die neue Gründung für die Oper erschließen. Zweifellos ist der Wunsch nach Opernmusik, nach Wort-Ton-Bindung im Geiste unserer großen Musikdramatiker, ist die Sehnsucht nach Singpiel, romanischer und Märchenoper in den Menschen von heute zwar stärker, aber noch weniger erfüllbar, als die Befriedigung schauspielerischer Wünsche. Denn für die Oper gibt es keinen so jenseitigen Erfolg, wie das Kino für die nur Schaulustigen; und wer sich unter Bürgern und Arbeitern, unter Akademikern und Beamten heute ein Opernbillet leisten kann, der ist ein weißer Rabe. Die bewußte Erziehung zum Spiel und Erleben der Partituren aber ist weder häufig genug heute erreicht, noch jemals ebenbürtiger Erfolg das sich vor unseren Augen und Ohren vollziehenden musikalischen Geschehens. So ist eine billige, das feiertägliche Kunstbedürfnis der Arbeitenden stillende Volks-Oper-Unternehmung tatsächlich — wie jüngst der Reichspräsident andeutete, der Generalsekretär Hermann ausführte — eine Kulturleistung für Deutschland, oder, mit kleinerem Wort gefaßt: für Berlin.

Die Kapellmeister Hoeschlin und Pratorius stellten sich in dem akustisch schlechtesten aller Berliner Lokale (Wandelhalle des Reichstags) vor das Blüthner-Orchester und begleiteten einzelne der außerordentlichen Mitglieder der künftigen Volksoper zu Wagner-Ensembles. Beide sicher, temperamentvoll, routiniert. Mehr läßt sich zunächst nicht sagen. Es klang, wie wenn die Musik aus den Zeiten käme. Und schon erheben sich zwei entscheidende Fragen: Welches wird das Orchester der Oper sein? Der Propagandazettel verrät nichts davon, und doch ist das Ensemble der Orchestermeister wichtiger, als die Dirigentenwahl. Weiter: Soll wirklich noch ein drittes Wagner-Theater in Berlin entstehen? Die Hauptnamen der Solisten sprachen dafür, ein Sinfonieorchester (Blüthner?) aber müßte dazu erst in langer, systematischer Vorarbeit gewandelt und gemodelt werden. Auch verlangt gerade die große Oper eine Ausdehnung und eine szenische Rührigkeit, die dem alten Westendtheater kaum zutrauen ist, verlangt ein großes Orchester, großen Aufwand an Charakterpersonal, das Unsummen verschlingt.

Die 10 Millionen Aktienkapital reichen nicht hin und nicht her. Andererseits läßt sich mit Vorzug und Weber keine Repertioeroper aufbauen, läßt sich Interesse divergierender Volkstheater kaum ohne

Preußischer Städtetag.

Goslar, 29. Mal. (Eigene Meldung. Verpölet eingetroffen.) Nach Eröffnung der Sonnabendigung verlas der Vorsitzende, Oberbürgermeister Böhm-Berlin, zunächst eine Reihe zum Entwurf der Städteordnung eingebrachter Entschlüsse. Die Entschlüsse der USPD wird zurückgenommen und die Erklärung abgegeben, daß die Unabhängigen für die SPD-Entschlüsse stimmen, die folgenden Wortlaut hat:

Der Preußische Städtetag hält die Zusammenfassung des gesamten Gemeinde-Versorgungsrechtes für ganz Preußen für richtig. Der vorliegende Entwurf entspricht aber nicht den berechtigten Erwartungen des preußischen Volkes. Würde dieser Entwurf Gesetz, so wird die Schaffensfreude und das Verantwortlichkeitsgefühl der örtlichen Volksvertretungen aufs schwerste beeinträchtigt.

Grundsätzlich ist eine einheitliche Regelung des gesamten Gemeindeversorgungsrechtes für das ganze Deutsche Reich anzustreben. Solange dies nicht verwirklicht ist, richtet der Preußische Städtetag an das preußische Staatsministerium das dringende Ersuchen, im Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt:

1. Einheitliche Regelung des Selbstverwaltungsrechtes für Stadt und Land, zusammengefaßt in einem Gesetz;
2. Einkörpersystem als Ausdruck des auf demokratischem Wege vermittelnden Willens der Bürgerschaft, also weder Magistrats- noch Bürgermeistereiverfassung, dementsprechend Wahl der Leitung der Gemeindevertreterversammlung durch diese selbst;
3. Das ausführende Organ der Gemeindevertreterversammlung ist der Gemeindevorstand (Bürgermeister, Stadträte, Beigeordnete, Senatoren usw.) in kollegialer Zusammensetzung;
4. Keine Beschränkung der Selbstverwaltung, deshalb Eingriff des Staates bei Verletzung von Gesetzen, Befestigung des Befähigungsgesetzes;
5. Die Selbstverwaltung der Gemeinde erfordert eine gesunde kommunale Finanzwirtschaft, die nicht nur im ausreichenden Anteil an dem reichs- bzw. landesstaatlichen Steueraufkommen bestehen kann, sondern auch aus eigenen Steuerquellen. Bößige Entschädigung für die Ausführungs- und Auftragsangelegenheiten;
6. Unbeschränktes gesetzlich begründetes Recht zur Uebernahme und Führung von Unternehmungen, die dem gemeinen Wohl der Bevölkerung dienen.

In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Selbstverwaltung der Gemeinden ist die Verwaltung der Kreise, der Provinzen, der Verwaltungsgerichte und der Verwaltungsbehörden des Staates unter unmittelbarer Beteiligung des Volkes neu zu gestalten. Der Preußische Städtetag verlangt daher schleunige Vorlegung auch dieser Gesetze.

Sozialdemokratische Fraktion auf dem 9. Preußischen Städtetage.

Im Auftrage der SPD. sprachen zu diesem Antrag die Genossen Stadtverordneter Haas-Köln und Oberbürgermeister Leinert-Hannover. Im Auftrage der USPD. nahm der Stadtverordnete Hoffmann-Eberfeld das Wort, der im wesentlichen denselben Standpunkt, wie in der Entschlüsse wiedergegeben, einnahm. Die Redner der bürgerlichen Fraktionen stimmen dem Entwurf der Städteordnung mit den Ueberlegungsanträgen des Vorstandes zu und lehnen das Einkörpersystem sowie die sozialdemokratischen Änderungsanträge ab.

Stadtrat Doerr-Berlin (Komm.) lehnt jede Diskussion über den Entwurf ab und hält lediglich eine politische Volksversammlung für die Entschlüsse der SPD. wird mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Fraktionen abgelehnt.

Die tschechische Außenpolitik.

In der Debatte des Abgeordnetenhauses über die auch im „Borw.“ mitgeteilte Rede Dr. Beneš kam für die deutschen Sozialdemokraten Genosse Dr. Czoch zum Worte, um in einer ausführlichen Rede die Außenpolitik zu besprechen. Er sagte:

Der Abschluß der Genuefer Konferenz stellt keine Uebererhöhung dar. Wenn wir uns fragen, ob das Schicksal der Konferenz unabwendbar war und ob es nötig war, daß die Hoffnung von Millionen arbeitender Menschen ohne Erfüllung bleibt, so lautet die Antwort: Das Schicksal der Genuefer Konferenz war in der Stunde befestigt, in der die Unantastbarkeit der Friedensverträge von Versailles ausgesprochen wurde, in der Stunde, in der diese Diktate zum Kardinalgrundlage erhoben wurden, in der Stunde, in der feststand, daß Amerika, die einzige Macht, die die Mittel zu dem Wiederaufbau besitzt, von der Konferenz abwesend sein werde. Unbedingt ist es nötig, daß die Reparationen

neue Werke lebender oder toter Komponisten wacherhalten. Der alte Koffschel bleibt also: Geld, Geld, Geld. Und der Ruf nach Aktienkauf, nach freiwilligen Zeichnungen muß um so dringender werden, je mehr man versuchen will, von der Schablone abzurufen. Die Kosten einer Opernaufführung überschreiten die eines Schauspiels um das Mehrfache. Die Billigkeit des Billets darf nie und nimmer mit der Ueblichkeit eines provinziellen Kunstzirkels erkauft sein. Das wissen die Verantwortlichen der Volksoper genau, und sie streben nach Abhilfe.

Noch steht kein Stein des Hauses der künftigen Volksoper, noch ist das Volksbühnenfundament nur in den Köpfen der künftigen Männer, nicht auf dem Erdboden der Tatsachen gelegt. Eine außerordentlich schwere, verantwortungsvolle Arbeit steht bevor. Das Gewicht des Namens Ebert, der das Ehrenpräsidium der großen Volksoper übernommen hat, wird genügen, um gerade die arbeitenden Schichten für das geplante Werk zu interessieren. Wenn zu den 10 Millionen noch 20 Millionen geflossen sind, wenn Tausende mit äußerer und innerer Anteilnahme dem Werk verbunden sind, dann, aber erst dann sind alle Bedenken weggeschwemmt. Bisher lebte die Volksoper vom künstlerischen Bestand anderer Gemeinschaften. Jetzt heißt es bald, auf eigenen Füßen zu stehen. Öffnet die Hände, öffnet die Herzen — und ein neues Tor zum Tempel der Kunst kann offenstehen!

Die „Nationalen“ laboieren die Hauptmann-Feier. Gerhart Hauptmanns 60. Geburtstag soll durch Festfeiern in der Hauptstadt seiner Heimatprovinz — Breslau — begangen werden. Aber der schlesische Provinziallandtag lehnte einen Zuschuß ab. Der Reichskanzler greift ein, um die gefährdeten Spiele zu sichern. Ein Aufruf an das deutsche Volk, der für den Besuch der Spiele werben soll, wird vom gesamten Präsidium des Reichstags unterzeichnet. Und nun beginnt eine Komödie, die den müßigsten Schindbürgerlichen erfolgreich Konkurrenz macht. Konrad Haensch erzählt sie im „Berliner Tageblatt“. Der Unabhängige Dittmann konnte seinen Namen nicht unter den Aufruf setzen, weil die Prinzipien seiner Partei es ihm verboten, zusammen mit Bürgerlichen zu wirken. Eine Berrücktheit — aber immerhin eine methodische. Aber es kommt noch viel schöner. Von dem Präsidium des Landtags unterzeichneten nicht der deutschnationalen Herr von Riech, nicht Herr Borsch vom Zentrum, und Herr Garnich von der Deutschen Volkspartei zieht seine bereits gegebene Unterschrift zurück. Grund: für den einen ist Hauptmann nicht der Vertreter des deutschen Volkstums, der andere muß Rücksichten nehmen und Herr Garnich kann schon gar nicht.

So sehen die Helden der „Nationalen“ aus, die sonst immer das Wort von der nationalen Einheitsfront im Munde führen — aber bei einer nationalen Tat ins Rauseloch ihrer Partei kriechen. Schuppenstedt engros!

Eine Kunstleistung für Köln. Es wird oft beklagt, daß den deutschen Kunstsammlern jener selbstlose Gemeinsinn fehle, wie er in Frankreich, England und besonders in den Vereinigten Staaten

herabgekehrt werden. Ohne die Herabsetzung ist jeder Wiederaufbau ein kindliches Beginnen. Eine

Völkerveröhnung inmitten eines Wades von Bajonetten, ein Gottesfriede unter der Patronanz von Joak ist ein Gebilde der Phantasie. Die chaotischen Verhältnisse der Weltwirtschaft sind verschuldet durch die Friedensverträge. Redner kritisiert Beneš den Franzosen liebdienerische Politik. Die heutigen Verhältnisse werden durch eine große Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt gekennzeichnet. Die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei beträgt 350 000. Diese Zahl aber wird noch durch die Angehörigen dieser Arbeitslosen auf das Dreifache gesteigert. Die Arbeitslosenunterstützungen sind unzureichend. Dabei steigen die Lebensmittelpreise zu einer ungerechtfertigten Höhe an. Mitten in dieses Elend kommt nun der Generalangriff der Unternehmerschaft. In der Zeit der hohen Dividenden kommt die Zumutung des Wohnabbaues. Die Verklammerung der deutschen Arbeiterkraft bedeutet auch die Verklammerung der tschechischen Arbeiter. Durch den Niedergang der Welt wird auch unsere Industrie vom Weltmarkt ausgeschaltet. Die Verklammerung Russlands bedeutet das Verhungern der Welt. Die Arbeiterkraft ist bei der Konferenz ziemlich abwärts gestanden. Durch Zwietracht geschwächt, fehlten ihr die Einwirkungs-möglichkeiten auf die Weltgeschichte. Aber dieser Zustand kann und wird nicht von Dauer sein. Die Arbeiter beginnen sich besser bewußt zu werden. Sie wissen, daß die Umformung der kapitalistischen Wirtschaft in eine soziale nötig ist. Der Gang der Geschichte wird sich nicht nach der Konferenz von Genue, sondern nach der Konferenz von Frankfurt richten. (Lebhafte, andauernde Beifall auf den Bänken der deutschen Sozialdemokraten.)

Darauf sprach der tschechische Sozialdemokrat Abg. Remec, der im großen und ganzen ähnliches wie Dr. Czoch sagte, wenn er auch seinen freundschaftlicheren Standpunkt zu Beneš hervorhob.

Schweigen an der Totenmauer.

Paris, 29. Mal. (B.T.B.) Gestern hat auf dem Friedhof Père Lachaise die Feier zur Erinnerung an die Kommune stattgefunden. Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter zogen mit Fahnen nach der historischen Mauer. Es durften keine Reden gehalten werden. Bis zum Abend sind Zwischenfälle nicht gemeldet.

Am gleichen Tag hat Clemenceau bei einer Denkmalsentwählung für gefallene Gymnasialschüler in Nantes geredet — übrigens gar nicht so iherhaft. Er verwies u. a. darauf, daß die französischen Truppen Ende Juli 1914 zwei Kilometer von der Grenze zurückgezogen wurden, betonte Frankreichs Friedenswillen, hält aber natürlich an seinem glorieux Werk von Versailles fest, das unausgesprochen den Frieden bedroht, nicht zum wenigsten dadurch, daß es den Revanchewahn in franks Hirne diesseits der Grenze gesät hat und fortwährend wachsen läßt.

Bei einer Pariser Friedenskundgebung der Eigen für Menschenrechte wurden die Reden zweier deutscher Vertreter mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Hinnes Kandidatur für den Moskauer Volkshauptposten kommt nicht mehr in Frage. Wir haben gegen diese Kandidatur des ehemaligen kaiserlichen Flügeladjutanten, die in der Welt den Übergläubigen von dem deutsch-russischen Militärabkommen härten könnte, schon entschieden Stellung genommen. Als weitere Kandidaten für den wichtigen Posten werden der Graf von Stodholm, Radofsky, und Rudolf Hilferding genannt.

Zum angeblichen Anglorheinlaasprojekt erklärt der demokratische Parteiauschuß, daß nach Kenntnis seiner Mitglieder die Nachricht, von Rheinländern seien Verhandlungen über die Errichtung einer Rheinischen Republik unter englischem Protektorat eingeleitet worden, falsch ist und nicht einmal glaubwürdig aufgestellt sein könne. Der Reichsregierung ist die Sache unbekannt.

Der ehemalige deutschösterreichische Staatskanzler Dr. Mayr ist plötzlich gestorben und in Innsbruck unter allgemeiner Teilnahme beigesetzt worden.

Stadtpräsident von Bromberg wird der Polizeichef von Posen, Skwinski, der diesen Posten verlor, weil unter Duldung und Mithilfe seiner Polizei eine Loge der bauerlichen „Poln. Volkspartei“ von Präsebanden der Grohgrundbesitzerpartei gesprengt und der Bauernführer Witoch (ehem. Ministerpräsident) und Katak attackiert wurden.

Die Entwaffnung der Wrangelarmee in Bulgarien ist beendet, die Waffen sind der Interalliierten Mission übergeben worden.

Sich darin äußert, daß die Mäzene ihr Lebenswert dem Staat als Vermächtnis hinterlassen. Um so mehr müssen die rühmlichen Ausnahmen, die ja auch bei uns nicht fehlen, hervorgehoben werden. Ein solcher Fall liegt jetzt für Köln vor. Der Kaiser Wilhelm Clemens hat seine ganze großartige Kunstsammlung, die er in Jahrzehnten eifriger Tätigkeit zusammengebracht hat, der Stadt Köln geschenkt, und Max Erge nennt in einem Aufsatz des „Cicero“ diese Stiftung „die kulturelle Ehrenrettung unserer Zeit für die Späteren“. Clemens brachte eine große Fülle von Kunstgegenständen allerersten Ranges zusammen, und besonders hat er Vorzügliches aus seiner niederrheinischen Heimat gesammelt, so daß die Sammlung ein wertvolles Kulturdokument rheinischer Sammlertätigkeit um 1900 darstellt.

Eine zusammensinkende Stadt. Eine eigenartige Katastrophe von größtem Umfang hat die italienische Stadt Corato in der Provinz Bari diese Tage betroffen. Sie bricht langsam in sich zusammen und droht ihre 54 000 Einwohner ohne Dach über dem Kopf zu lassen. Corato liegt ungefähr 40 Kilometer von Bari entfernt und ist in neuerer Zeit aus einem unbedeutenden Kirchdorf zu einer ansehnlichen Stadt aufgeblüht. Die Landschaft Puglia ist durch ihre Trockenheit bekannt und Corato ist auf Weidmähden und Sand erbaut. Neun Monate hatte die letzte Trockenheitsperiode ange dauert; vor einem Monat jedoch fing es an zu regnen, und der Regen strömte unablässig drei Wochen hindurch Tag und Nacht herab. Pöthlich zeigte sich in einer großen Anzahl von Häusern und öffentlichen Gebäuden Risse in den Mauern, und die Fundamente begannen nachzugeben. Eine ungeheure Aufregung entstand, als eines Tages die neue Madonna-Kirche und einige Häuser von fünf Stockwerken plötzlich unter furchtbarem Lärm einstürzten. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen, als man am selben Tage an Hunderten von Häusern Risse entdeckte, die neue Katastrophen ankündigten. Am nächsten Tage räumten ungefähr 300 Familien ihre Wohnungen, und seitdem schreitet die Zerstörung unaufhaltsam fort. Tag und Nacht spielen sich unbeschreibliche Szenen ab, man erlebt das ungewöhnliche Schauspiel, wie eine ganze moderne Stadt von einer Vernichtung heimgekehrt wird, die vollständiger ist, als sie der Krieg der Weltzeit im Gefolge hatte. Durch die andauernden Regengüsse ist der Boden und Sand, auf dem die Stadt erbaut ist, derartig mit Wasser durchtränkt, daß es unter allen Häusern hervorquillt, und der Boden dem Druck der Häuser nachgibt. Die italienische Regierung hat Truppen, Bauarbeiter und Material zur Verfügung gestellt. Die Ingenieure halten den Versuch, die Stadt wieder in Stand zu setzen, für aussichtslos. Es bleibt den Einwohnern keine andere Wahl, als sich in einer Entfernung von einigen Kilometern auf festem Boden wieder anzubauen.

Im Neuen Volkstheater muß infolge einer Erkrankung heute Abend statt „Dichter“ „Schücker Kriolos“ gegeben werden.

In der Volksbühne beginnt die für das klassische Theater am Dienstag, den 30. Mal, stattfindende Vorstellung von „König Lear“ bereits um 2 1/2 Uhr.

Zugunsten der Altershilfe findet am Dienstag in der Philharmonie ein Konzert der Berliner Liebertafel statt. Leitung Musikdir. Siebenmann.

Zucker als Lockmittel.

Kürzlich wurde, wie berichtet, ein Warenhausinhaber freigesprochen, der einem Käufer an Stelle der verlangten 8 Meter Kleiderstoff nur die Hälfte abgegeben hatte. Ein zweiter Fall, wo ein Geschäftsmann seine Ware zum Schaden der Verbraucher rationiert, wird jetzt aus Treptow bekannt. Hier hat ein Kaufmann gegen Ende vorigen Jahres in den Besitz eines großen Postens Zucker zu setzen gewünscht. Es sollen zwei Waggons gewesen sein. Der Kaufpreis hat 400 M. pro Zentner betragen, ist also sehr niedrig gewesen. Alle irgendwie verfügbaren Nebenräume des großen Ladengeschäfts wurden mit Zuckersäcken vollgestopft. Nun begann ein lehrreiches Spekulationspiel. Der Kaufmann rationierte mit Viertel- und Halbpfunden, gab aber, angeblich zur Vermeidung der Hamsterei, den Zucker nur ab, wenn auch andere Ware in ansehnlicher Menge gekauft wurde. Um jede kleine Zuckercration mußte man oft förmlich betteln. Treptow zog es der benachbarten Konkurrenz, die gewöhnlich überhaupt keinen Zucker hatte, die Käufer weg. Der Verkaufspreis überstieg anfangs vorsichtigerweise den Einkaufspreis nur um 50 Pfennige, weil ja an dem vermehrten Absatz anderer Ware gut verdient wurde. Dann aber ging der Preis in mehreren Abständen immer höher, vor einigen Wochen auf 9 Mark, so daß also damals am Pfund schon mehr als 100 Prozent verdient wurden. Als dann die große Zuckerkrise eintrat, wurde der gute Zuckermann zunächst noch etwas zurückhaltender. Er hatte ja genügend Vorrat und konnte in Gemütsruhe abwarten, wie sich die Dinge entwickelten. Bald darauf wurde der sogenannte „Auslandszucker“ mit mindestens 22 Mark verkauft. Jetzt war es Zeit, daß der Treptower Kaufmann einen neuen, diesmal kräftigen Sprung machte und seinen für 4 Mark eingekauften Zucker für 14,50 Mark verkaufte, also noch 6 bis 7 Mark billiger als den Auslandszucker. Somit ist der Verdienst an einem einzigen Pfund gegenwärtig auf mehr als 200 Prozent oder auf rund 10 Mark gestiegen.

Man wird wohl nicht zuviel sagen, wenn man eine derartige Spekulation mit lebenswichtigsten Nahrungsmitteln für eine an der äußersten Grenze des Wuchers stehende übermäßige Preisbildung hält.

Ermordet und ins Wasser geworfen!

Ein mutmaßlicher Mord beschäftigt wieder die hiesige Kriminalpolizei. In der Nacht vom Himmelfahrtstag zum Freitag gelangten auf der Postzeitwache des Bahnhof Friedrichstraße vier Männer, ein Chauffeur, ein Schlepper eines Nachtlokals, ein 45 Jahre alter Arbeiter Karl Wille und ein 49 Jahre alter Schlosser Bernhard Dittmann an, daß vor ihren Augen unterhalb der Weidendammer Brücke ein unbekannter Mann in der Spree untergegangen und ertrunken sei.

Es wurde festgestellt, daß der Ertrunkene ein 22 Jahre alter, aus Leipzig gebürtiger Kaufmann Georg Fißler war, der in Halle bei seiner Mutter wohnte, sich aber augenblicklich bei seiner Tante, einer Frau Brauer in der Rumpfenburger Straße 1, aufgehalten hatte. Fißler hatte am Himmelfahrtstage abends einen Freund nach dem Bahnhof Friedrichstraße gebracht. Was er nach Abgang des Zuges noch unternommen und mit wem er zusammengekommen ist, weiß man noch nicht. Er war ein Sportmann, der auch besonders gut schwimmen konnte, so daß er sich, wenn er verunglückt wäre, wohl leicht hätte retten können. Deshalb tauchte sofort der Verdacht auf, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Für einen Selbstmord lag nicht der geringste Anhalt vor. Die Mordkommission nahm sich der Sache an. Gestern abend um 7 1/2 Uhr wurde die Leiche gelandet und nach dem Schauhaus gebracht. Der Gerichtsarzt, Geh. Medizinalrat Dr. Strazmann, besichtigte sie dort sogleich und stellte zwei schwere Kopfverletzungen fest, die dem Manne nach dem vorläufigen Befund beigebracht sind, bevor er ins Wasser geraten ist. Auffällig war die Körperhaltung bei der Auffindung der Leiche. Die Hände waren gefaltet, die Arme gebeugt angezogen, als ob der Mann in bitterer Stellung ins Wasser gekommen und seinen Tod gefunden habe. Die vier Männer, die die Anzeige auf der Bahnhofswache machten, wurden nach Auffindung der Leiche heute morgen zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidium geholt. Es ist dringend erforderlich, daß sich zur weiteren Aufklärung dort im Zimmer 88 umgehend auch alle anderen Personen melden, die von dem Vorgang etwas wahrgenommen oder die mit Fißler verkehrt haben.

Das goldene Kreuz aus Flandern.

Was alles geglaubt wird.

Man hört oft, daß unserer Zeit die Phantasie fehle. Und doch werden Märchen alle Tage erfunden und auch gern geglaubt. Je läppiger die Phantasie sich dabei betätigt, um so mehr wächst die „Glaubhaftigkeit“ solcher Schwindelgeschichten.

Im Mittelpunkt eines solchen modernen Märchens stand ein „goldenes Kreuz aus Flandern“, das mehrere Millionen Mark wert sein sollte. Der Kriminalpolizei war zu Ohren gekommen, daß mit diesem Kreuz ein ausgedehnter Kettenhandel getrieben werde, trotzdem niemand das Kreuz gesehen habe. Der Handel spielte sich besonders in Schankwirtschaften und Kaffees in der Dresdenstraße und ihrer Umgebung ab. Aus den Verhandlungen, die stets nur im Flüsterflüstern geführt wurden, war schließlich soviel zu entnehmen, daß das massive goldene Kreuz von deutschen Soldaten aus einem Kloster in Flandern gestohlen sei und jetzt im Safe einer hiesigen Bank liegen sollte. Beamte der Dienststelle AB gingen der Sache auf den Grund und ermittelten alle Leute, die bei dem Kettenhandel ihre Hand im Spiel hatten und einen bestimmten Prozentsatz von dem Erlös bekommen sollten. Der Kunstwert des Kreuzes einschließlich des Metallwertes war ursprünglich auf 7 Millionen Mark angesetzt worden. Dafür hatte aber keiner der Zwischenhändler einen endgültigen Abnehmer gefunden. Deshalb war man jetzt übereingekommen, nur den Metallwert auszubedenken und zu diesem Zweck das Kreuz zu zerbrechen und in einzelnen Teilen einzuschmelzen. Dabei sollten an reinem Goldwert immer noch vier Millionen Mark herauskommen. Soweit war der Handel gedeihen, als die Kriminalbeamten rückwärts forschend jetzt endlich auch den Urheber der ganzen Geschichte ausfindig machen und zur Verantwortung ziehen konnten. Es ist das ein junger Mann, der erzählt hat, sein Schwager besitze das Kreuz und habe ihn mit der Verwertung beauftragt. Nun wurde auch der Schwager, ein Mann in angehobener Stellung, vernommen, und da ergab sich denn, daß der junge Mann die ganze Geschichte von A bis Z erfunden hatte zu dem Zweck, sich wichtig zu machen und Kredit zu verschaffen. Der angebliche Besitzer des Kreuzes erklärte gleich, daß nur sein jüngerer Schwager, der seiner Familie schon manche Unannehmlichkeiten bereitet habe, der Erfinder des Märchens sein könne. Als daraufhin der junge Mann aus dem Nebenzimmer vorgelassen wurde, um sich zu rechtfertigen, warf der Schwager in beschämter Entrüstung und Aufregung Hut und Mantel hin und empfing ihn mit einigen herben Ohrfeigen. Diese hatten die Wirkung, daß er sofort den ganzen Schwindel einräumte.

Fünfundsechzig Jahre alt ist der Töpfer Robert Remnig einem Herzschlag erlegen. Schon Anfang der 80er Jahre wirkte er in der Parteiorganisation. Unter dem Sozialistengesetz belästigte er im 6. Wahlkreis den Wosten des Kassirers der illegalen Organisation. Dutzende von Hausdurchsuchungen mußte er über sich ergehen lassen. Das Damoklesschwert der Ausweisung schwebte dauernd über seinem Haupte. Mit Genossen August Jacoben und anderen gründete er die Töpferorganisation. Die Partei wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Mord im Edenhotel.

Eine Aussage des Jägers Runge.

Berlin, 29. Mai, vormittags 10 Uhr.

Er erscheint der frühere Sergeant Runge und macht in Gegenwart des Redakteurs Kuttner und des Sekretärs Franke folgende Aussage:

Ich habe am Edenhotel am 15. Januar 1919 von 7 bis 10 Uhr abends Posten gehalten. Dr. Liebnacht ist bei seiner Einführung geschlagen worden von einem gewissen Jäger Braunes. Dr. Karl Liebnacht hat aus dem Schießfeld zwei Wunden (Spalten) mit dem Kolben erhalten. Er bot darauf um Hilfe, die ihm verweigert wurde. Ebenso wurde ihm verweigert, nach der Toilette zu gehen. Bei dieser ganzen Begebenheit war Kapitänleutnant Pflugschütz zugegen. Beim Abtransport hat der Matrose v. Butkowski auf den Dr. Liebnacht eingeschlagen. Zehn Minuten später wurde Frau Luxemburg eingeliefert. Da machten der Chauffeur Janschlow und Berschel die Karabine zurecht und verlangten von mir scharfe Patronen, die ich verweigerte. Inzwischen kam ein Offizier, der mir den Befehl gab, diese Bande nicht mehr lebend aus dem Edenhotel herauszulassen. Ich sollte von meinem Karabiner Gebrauch machen und schießen. Den Offizier lernte ich mit Namen nicht. Der zweite Offizier war Oberleutnant Bogel, der mir denselben Befehl gab. Der dritte Offizier war Oberleutnant Pflugschütz, der mir denselben Befehl gab und sagte: Ihr Name wird notiert. Wir haben hier eine hohe Bräule von 150 000 Mark auf diese beiden Köpfe gesetzt. Diese Befehle, die mir gegeben werden, hätte ich streng auszuführen. Ich sagte darauf, ich mache von meiner Schusswaffe nicht Gebrauch. Darauf erwiderte Pflugschütz, dann solle ich den Kolben nehmen. Er sagte: Rosa Luxemburg wird Ihnen durch Oberleutnant Bogel hinaus und in die Arme geführt, und Sie haben nur zuzuschlagen, merken Sie sich das. Ich war in Verwirrung geraten. Der Jäger Dreger sagte zu mir: Diese hohen strengen Befehle müssen wir schon ausführen. Ich wurde Frau Luxemburg durch den Oberleutnant Bogel, der sie in den Armen hatte, hinausgeführt. Nach Aussage eines Führers Weinhold soll Frau Luxemburg schon vorher Kolbenschläge von einem Führer Hoffmann erhalten haben. Von meiner Schusswaffe machte ich nicht Gebrauch, sondern um meinen Befehl auszuführen, stieß ich nur Frau Luxemburg. Sie fiel um, oder vielmehr Oberleutnant Bogel riß sie um. Sie wurde sofort in das bereitstehende Auto geschleppt. Ich sah Frau Luxemburg nicht an, sondern es waren Dreger, Janschlow und Berschel. Ich glaube, daß Oberleutnant Bogel dabei noch geholfen hat. Ich selber habe auch der Frau Luxemburg keinerlei Verletzungen zugefügt, sondern nur leicht gestoßen, um den mir erteilten Befehl auszuführen. Die Offiziere hatten mir nämlich gedroht: wenn ich den Befehl nicht ausführe, dann müßte ich auch sterben. Beim Abtransport sprang Leutnant Krull auf das linke Trittbrett und

schob in unmittelbarer Nähe der Nürnberger Straße der Frau Luxemburg eine Kugel in den Kopf.

Das erstemal ging die Pistole nicht los. Darauf sprang er vom Auto ab, ging die Nürnberger Straße zurück in das Edenhotel. Inzwischen erschien ein Offizier bei mir und sagte: Sie haben Ihre Sache sehr gut gemacht. Gehen Sie sofort nach oben vier Treppen (Edenhotel) und lösen Sie den Scheiter da oben ab, mit dem ist da oben nichts los. Da ist auch der Redakteur von der „Roten Fahne“, den müssen Sie erschließen. Auf der Treppe angekommen, kam mir Leutnant Krull schon entgegen und sagte zu mir: Du sollst sofort nach oben kommen und Ordnung schaffen, da ist auch der Redakteur von der „Roten Fahne“, den sollst Du sofort erschließen.

Ich fragte Krull, woher die Befehle kommen, da ich schon meine Befehle hätte. Krull sagte zu mir: Die Befehle kommen von Herrn Hauptmann Papst, die müssen ausgeführt werden. Oben stand ein Mann an der Wand. Einer sah daneben. Krull nahm mir meinen Karabiner ab, sah nach, ob er geladen war und sagte zu mir: Ich gehe dreimal hin und her, wenn ich das dritte Mal zurückkomme, haben Sie zu schießen, das ist das Zeichen.

Das Personal ist schon oben alles weggeräumt. Das stimmte auch. Ich sah meinen Karabiner. In der Aufregung und Verwirrung fiel er mir aber zu Boden. Der Redakteur der „Roten Fahne“ kam auf mich zu und sagte zu mir: Kamerad, schick nicht, ich habe noch eine Aussage zu machen. Er wurde in ein Zimmer geführt und vernommen und dann wieder abgeführt. Darauf sagte ein Offizier zu Krull: Sie haben den Mann abzuführen und dafür zu sorgen, daß ihm nichts passiert. Ich ging auf meinen Posten zurück. Unten angekommen, sagte Dreger zu mir: Du hast ja Deinen Befehl doch wohl nicht ausgeführt, Du hast ja nicht geschossen, denn es hat ja nicht geknallt. Dann sagte Dreger, ich solle Ablösung holen, ihn freiere los. Ich ging in das Wochstol zurück. Inzwischen waren die anderen auch zurückgekommen und brüsteten sich damit, namentlich der Jäger Friedrich, sie hätten Liebnacht ordentlich eins gebrennt. Friedrich zeigte mir auch seine Pistole, er habe auch mitgeschossen. Ich fragte Friedrich, wie das gekommen ist. Darauf sagte Friedrich zu mir:

„Die Flucht ist künstlich herbeigeführt“

(es kann auch gelautet haben, die Flucht ist vorsätzlich herbeigeführt) worden. Die Offiziere haben das Messer Liebnachts genommen und dem Leutnant Schulz zur See damit in die Hand gestochen, um vorzutäuschen, daß Liebnacht sie angegriffen habe und dann geflüchtet sei.

Die Transportmannschaften haben dann auch gesagt: „Ra Runge, die Luxemburg, die alte Sau, schwimmt schon.“ Ich fragte: „Ja worum habt Ihr denn Frau Luxemburg ins Wasser geschmissen?“ Da sagte Leutnant Bogel: „Die alte Sau hat Wasser verdient.“ Sie hätten auf Befehl gehandelt. Darauf setzten sich die Mannschaften an den Tisch. Es wurde Wein und Cognat getrunken. Ich habe auf dem Strohsack gelegen und war furchtbar aufgeregt und verwirrt. Ich wurde gefragt, ob ich mittrinken will, was ich verneinte. Bei Tisch ging es sehr lustig zu. Es wurde viel getrunken. Ich wurde beglückwünscht, hauptsächlich vom Leutnant Zander sowie von allen Offizieren. Es wurde mir gesagt, mir passiere nichts. Ich käme nach einem ande-

rer schönen Städtchen, da lebe ich glücklich, herrlich und in Freuden. Ich erwiderte aber darauf, daß es mir doch an den Krügen gehen könnte und böse Folgen haben könnte. Zwei Tage darauf wurde die Wache abgelöst und wir wurden nach dem Zoo verlegt. Ich wollte gern wegmachen, aber die Offiziere ließen mich nicht weg. Ich wollte nämlich Anzeiger erstatten. Eines Abends im Zoo, als ich von Posten kam, begegnete mir Leutnant Liepmann und der Jäger Friedrich. Friedrich sagte: „Da kommt ja Runge.“ Leutnant Liepmann sagte: „Na Mann, wo bleiben Sie denn, ich lade Sie schon lange, Sie müssen fort, denn wir fliegen alle ins Justizhaus, wenn Sie die Wahrheit sagen und wenn Sie nicht fortkommen. Er ging mit mir nach dem Werbebureau und brachte mich zum Husarenregiment Nr. 8 zum Rittmeister Weber, der schon in Kenntnis gesetzt war. (Für den Sekretär Franke tritt die Stenotypistin Frau Dreßfuß als Protokollführerin ein.) Ich kam nun zum Husarenregiment 8, Rittmeister Weber. Auch da wurde ich gefeiert. Sämtliche Offiziere vom Jägerregiment 2 drangen auf mich ein, daß ich flüchtig werden mußte. Wir rückten weiter bis nach Wünderdorf. Ich kam aus dem Dienst nicht heraus. Die Offiziere ließen mich nicht aus den Händen. Eines Tages vormittags war ich mit dem Reingien der Gulaschkanone beschäftigt. Es kamen zwei kleine Kinder auf den Hof und sagten, Husar Runge soll mal auf die Straße kommen zu einem Soldaten. Ich ging auf die Straße, da kam mir ein Unteroffizier entgegen und sagte zu mir: Mensch, Du mußt flüchtig werden, ich bin hergeschickt auf Befehl des Herrn Oberst Weichs (es handelt sich um den Kommandanten des 8. Husarenregiments). Er zeigte mir die Abschrift des Haftbefehls, die ich gelesen habe und sagte zu mir: Du mußt sofort weg. Er brachte mir auch einen Führer mit einem roten Streifen. Ich sollte nach Köln fahren. Außerdem gab er mir 240 M., über die ich quittiert habe. Ich sagte darauf: Dann müßte ich erst meinen Wachtmeister und den Rittmeister Weber in Kenntnis setzen, was ich auch tat. Der Wachtmeister sagte zu mir: Das könne er auf sein Gewissen nicht nehmen, er müßte erst Herrn Rittmeister Weber in Kenntnis setzen. Rittmeister Weber sagte mir: Ich sollte sofort alles liegen lassen und sofort wegmachen, mich im Edenhotel melden, die Wachen schon da Bescheid. Von da aus gehe die Sache weiter. Ich schickte an meine Frau die Depesche, daß ich auf Urlaub komme. Abends um 10 Uhr kam ich an. Am nächsten Tag ging ich auch hin nach dem Edenhotel und fragte, was hier werden soll: Ich wollte nicht flüchtig werden. Es wurde mir gesagt:

„Sie müssen weg, da wir sonst alle ins Justizhaus fliegen,“

Ich blieb mehrere Tage in der Wohnung des Leutnants Liepmann, bis es den Hausbewohnern auffiel und sie Verdacht äußerten. Ich setzte den Leutnant Liepmann davon in Kenntnis sowie den Jäger Friedrich. Ich mußte mich dann in einer Kneipe in der Nürnberger Straße aufhalten, bis die Papiere da waren. Es wurde auch öfter nachgesehen, ob ich auch da sei. Die Papiere lauteten auf den Namen Krankenschwester Dünnwald. Die Papiere kamen vom Edenhotel, Friedrich muß die Aussteller kennen, er hielt die Verbindung zwischen mir und dem Edenhotel. Ich fuhr mit diesen Papieren nach meiner Wohnung und zeigte das meiner Frau, die zu mir sagte: „Mann, mit diesen Papieren kannst Du nicht weg, das steht Dir jeder an, daß Du nicht 28 Jahre alt bist.“ (Das Alter des angeblichen Dünnwald.) Ich fuhr nach dem Edenhotel zurück, weil er mich nicht herauskam (45 Jahre). Ich wurde gezwungen zu flüchten nach Flensburg. Ich mußte angeben, wann der Zug abfährt und wann ich ankomme. Es erschien ein Offizier und brachte mir 4000 Mark, eine Bescheinigung, ich sollte nach Prag fahren, nach dem deutschen Konsulat, da sollte ich weiter beschäftigt werden, was ich aber ablehnte, da es kein Auslandspaß war. Darauf wurde ich nach Flensburg geschickt. Ich nahm 2000 Mark mit, 2000 Mark überließ ich meiner Frau. Ich schickte von Flensburg aus eine Depesche, daß ich zurückkomme, da ich mich hier mit dem Geld nicht länger halten konnte. (Das war im Februar 1919.) Darauf bekam ich eine Depesche zurück: Nicht mehr schreiben, alle vertriebt. Ich kam in Flensburg mit einem Oberleutnant Sommerfeld zusammen, der mich erkannte. (Er hatte dort ein Werbebureau.) Er warb mich an, nahm mich mit nach Heide (Hoffstein) zum Freikorps Bülow. Ich wurde dort dem Stab vorgeliefert und gefeiert. Inzwischen hatten mich aber zwei Unteroffiziere in der Kaserne erkannt — es waren Postschaffner — und mir auf den Kopf gefolgt, daß ich Runge wäre, was ich denn auch nicht leugnete. Die Mannschaften wollten mich lynchen. Wir wurden verlegt, tiefer rein nach Hoffstein. Ich kam nach Borkholz, der Stab war in Wiedingstedt, wußte aber genau, daß ich Runge war. Auch da wollte mich die Mannschaft lynchen, trotzdem ich sagte, ich bin nicht der Täter. Man glaubte mir aber nicht. Ich wurde nach Sonderburg verlegt, siehe aber auch da den Hauptmann v. Rappelsdorf in Kenntnis, sowie den Festwächler, daß ich nicht Dünnwald, sondern Runge sei. Ich blieb dort bis zum 11. April. An diesem Tage wurde ich in Sonderburg verhaftet. Die Kriminalbeamten, die mich verhafteten, sagten sofort:

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

da ich 100 000 M. bekäme. Ich sollte keinen anderen Anwalt nehmen wie den Rechtsanwalt Grünspach, der mich freibringen würde. Ich wurde dann am 13. April in das Edenhotel eingeliefert und dem Gerichtsrat Börsen vorgeführt, der mir sagte, ich solle keine Bräute machen, denn es sei schon so Bräute genug, ich solle ein mit der Sache, wenn ich die Wahrheit sagte. Ich sollte die Strafe ruhig auf mich nehmen, es käme eine Amnestie und dann würde ich sofort frei, und in der Tat könne ich mich wieder „an uns“ wenden.

(Wir brechen die Aussage Runges hier ab und werden die Fortsetzung in der nächsten Nummer bringen. Wir beschränken uns absichtlich darauf, die Aussage Runges nach sorgfältiger, wortgetreuer Aufnahme, ohne jeden Zusatz und ohne jede Veränderung wiedergeben. Red. d. „M.“)

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

Ein furchtbares Familiendrama hat sich in Tübingen (Oberelsaß) zugetragen. Der Elektromonteur Heinrich Ehret hat vor einigen Tagen seine Frau erschossen, seinen Kindern, einem Knaben im Alter von acht Jahren und einem Mädchen von fünf Jahren, den Hals durchgeschnitten und sich selbst an der Wetzstele erhängt. Ehret hatte die Tat aus falschem Ehrgeiz begangen. Frau Ehret war beschuldigt worden, einen Tausend-Mark-Schein gestohlen zu haben und hatte vor dem Polizeikommissar diese Handlung auch eingestanden. Später hatte sie ihre Unschuld beteuert.

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

„Ich solle schwelgen über die Sachen und sollte die Tat auf mich nehmen.“

